

Allgemeine Netzbenutzungsbedingungen (ANB) der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV)

gültig ab 1. Januar 2021

Liechtensteinische Gasversorgung
Im Rietacker 4, Postfach 431
LI-9494 Schaan

Tel. +423 236 15 55
Fax +423 236 15 66
lgv@lgv.li / www.lgv.li

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Geltungsbereich	3
2.	Begriffsbestimmungen.....	3
3.	Rechte und Pflichten im Allgemeinen	3
4.	Rechte und Pflichten gegenüber Versorgungsunternehmen im Besonderen.....	4
5.	Vertragsabschluss und Laufzeit.....	4
6.	Auflösung des Vertrags.....	4
7.	Technische Vorschriften.....	5
8.	Besondere Bestimmungen für den Netzanschluss	5
9.	Druckregleinrichtungen	6
10.	Gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung	6
11.	Zutrittsrecht und Betrieb der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung	7
12.	Vorgangsweise bei Störfällen und Versorgungsunterbrechungen	7
13.	Messung.....	7
14.	Lastprofil.....	8
15.	Wechsel des Versorgers.....	9
16.	Abrechnung.....	9
17.	Mess- und Rechenfehler	10
18.	Netzbenutzungsentgelt.....	11
19.	Zahlungsbedingungen	11
20.	Aussetzung von Rechten und Pflichten	12
21.	Vertraulichkeit	12
22.	Datenschutz	13
23.	Rechtsnachfolge.....	15
24.	Haftung	15
25.	Rücktrittsrecht.....	16
26.	Massnahmen für schutzbedürftige Kunden.....	16
27.	Beschwerden und Streitbeilegung.....	16
28.	Allgemeine Ausführungen der Europäischen Kommission über die Rechte von Energieverbrauchern	17
29.	Salvatorische Klausel	17
30.	Schlussbestimmungen	17

1. Geltungsbereich

- 1.1 Die Liechtensteinische Gasversorgung (LGV) ist als Verteilernetzbetreiberin im Sinne des liechtensteinischen Gesetzes vom 18. September 2003 über den Erdgasmarkt (Gasmarktgesetz; GMG) verantwortlich für Betrieb, Wartung und Ausbau des Verteilernetzes für Erdgas und Biogas in Liechtenstein. Sie betreibt die Messstellen, erbringt Messdienstleistungen und gewährt einen diskriminierungsfreien Netzzugang unabhängig vom gewählten Versorger.
- 1.2 Die LGV erfüllt die SVGW-Richtlinie G 21 „Anforderungen an die Qualifikation und die Organisation des technischen Bereiches von Gasnetzbetreibern“. Dies wird mittels Audits durch das Technische Inspektorat (TISG) des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW) periodisch überprüft.
- 1.3 Diese Allgemeinen Netzbenutzungsbedingungen (ANB) wurden von der liechtensteinischen Kommission für Energiemarktaufsicht genehmigt und regeln, vorbehaltlich anderer schriftlicher Vereinbarungen, das Rechtsverhältnis zwischen der LGV als Netzbetreiberin und dem Kunden sowie dem Versorgungsunternehmen als Netzbenutzer.
- 1.4 Die ANB gelten, sobald sie Bestandteil des Vertrages mit dem Netzbenutzer geworden sind. Dies ist dann der Fall, wenn die ANB ausdrücklich als Vertragsbestandteil bezeichnet werden, aber auch dann, wenn die LGV auf die ANB verweist, sei es durch Beilage zu oder Abdruck auf Offerten, Auftragsbestätigungen und Rechnungen, sei es durch Bekanntgabe des Links auf die Webseite der LGV, wo der Text dieser ANB eingesehen werden kann (www.lgv.li).
- 1.5 Geschäfts- oder Vertragsbedingungen des Netzbenutzers haben keine Geltung, wenn nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbart wurde. Bei Widersprüchen gehen diese ANB den Geschäfts- oder Vertragsbedingungen des Netzbenutzers vor.
- 1.6 Im Fall eines Widerspruchs zwischen diesen ANB und einer Vereinbarung im Einzelfall geht letztere vor.

2. Begriffsbestimmungen

- 2.1 Unter „Energie“ sind Erdgas und Biogas zu verstehen.
- 2.2 Unter „Kunde“ ist diejenige natürliche oder juristische Person zu verstehen, welche über das Verteilernetz der LGV Energie von einem Lieferanten bezieht.
- 2.3 Unter „Versorgungsunternehmen“ ist diejenige natürliche oder juristische Person zu verstehen, welche über das Verteilernetz der LGV Energie an Kunden liefert.
- 2.4 Unter „Netzbenutzer“ sind Kunden und Versorgungsunternehmen zu verstehen.
- 2.5 Unter „schriftlich“ sind Schriftform gemäss § 886 des liechtensteinischen ABGB, Fax und Email zu verstehen.

3. Rechte und Pflichten im Allgemeinen

- 3.1 Die LGV verpflichtet sich, dem Netzbenutzer gemäss den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Gasmarktgesetzes, diesen ANB und den im Einzelfall getroffenen Vereinbarungen den Netzzugang zu gewähren.
- 3.2 Der Netzbenutzer verpflichtet sich, das vereinbarte Netzbenutzungsentgelt gemäss diesen ANB und den im Einzelfall getroffenen Vereinbarungen zu bezahlen.
- 3.3 Die LGV wird aus zwischen Versorgungsunternehmen und Kunden geschlossenen Vereinbarungen weder berechtigt noch verpflichtet.

4. Rechte und Pflichten gegenüber Versorgungsunternehmen im Besonderen

- 4.1 Die LGV verpflichtet sich, Energie bis zur maximal vereinbarten Leistung an den Einspeisepunkten ihres Netzes zu übernehmen und am Ausspeisepunkt bereitzustellen.
- 4.2 Zu den von der LGV weiter zu erbringenden Netzdienstleistungen zählen insbesondere die Steuerung des Energieflusses, die Erstellung von Energiebilanzen, der Ausgleich von Messdifferenzen sowie die Bereitstellung von Regelenergie.
- 4.3 Die LGV ist nicht verpflichtet, die Einhaltung der Fahrpläne des Versorgungsunternehmens kontinuierlich zu überwachen.
- 4.4 Die LGV ermittelt gemäss Ziff. 13 die Mengen der in das Netz eingespeisten und daraus entnommenen Energie sowie die transportierte Leistung.
- 4.5 Die LGV ist verpflichtet, dem Versorgungsunternehmen die möglichen Einspeisepunkte für Energie in sein Netz auf Anfrage bekanntzugeben.
- 4.6 Das Versorgungsunternehmen verpflichtet sich, bei der Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen die maximal vereinbarte Transportkapazität bezüglich der vertraglich vereinbarten Einspeise- bzw. Entnahmepunkte nicht zu überschreiten.
- 4.7 Das Versorgungsunternehmen verpflichtet sich, bei der Übergabe am Einspeisepunkt nur Energie, welche die geforderten Qualitätsstandards erfüllt, einzuspeisen und die Qualität der Energie nachzuweisen. Wird die Qualitätsspezifikation oder der vereinbarte Übergabedruck nicht eingehalten, hat die LGV das Recht, die Übernahme der Energie zu verweigern.

5. Vertragsabschluss und Laufzeit

- 5.1 Der Netzbenutzungsvertrag kommt dadurch zustande, dass die LGV einen schriftlichen Vertragsantrag des Netzbenutzers annimmt. Die Annahme erfolgt ebenfalls schriftlich. Findet innerhalb von 14 Tagen keine Annahme statt, ist der Netzbenutzer nicht mehr an seinen Antrag gebunden. Die LGV darf die Annahme des Vertragsantrags nur aus den im Gesetz vorgesehenen Gründen, insbesondere gemäss Art. 15 ff. des Gasmarktgesetzes, verweigern.
- 5.2 Der Netzbenutzungsvertrag wird, sofern im jeweiligen Vertrag keine abweichende Regelung enthalten ist, auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

6. Auflösung des Vertrags

- 6.1 Im Falle einer unbestimmten Vertragsdauer kann der Netzbenutzer den Netzbenutzungsvertrag unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten jeweils auf den 30. Juni bzw. den 31. Dezember schriftlich kündigen.
- 6.2 Die Parteien sind berechtigt, den Netzbenutzungsvertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung von allfälligen Kündigungsfristen jederzeit schriftlich zu kündigen. Als wichtiger Grund gilt insbesondere der Zahlungsverzug des Netzbenutzers gemäss Ziff. 19.1, der Verzug des Netzbenutzers mit der Leistung einer Vorauszahlung oder Sicherheit gemäss Ziff. 19.3, die ununterbrochene Nichtbenützung des Netzanschlusses durch den Netzbenutzer während 10 Jahren sowie die Konkursreife einer der Parteien und anschliessende Abweisung des Konkursantrages.
- 6.3 Fällt der Zeitpunkt, in dem der Vertrag endet, nicht mit dem Ende einer Abrechnungsperiode zusammen, gilt Ziff. 16.3 entsprechend.

7. Technische Vorschriften

- 7.1 Gemäss Art. 8 Abs. 1 des Gasmarktgesetzes ist die LGV verpflichtet, Kriterien für die technische Betriebssicherheit ihres Netzes festzulegen und für den Anschluss von Speicher- und LNG-Anlagen, von Fernleitungs- oder Verteilernetzen und von Direktleitungen an das Netz technische Vorschriften mit Mindestanforderungen an die Auslegung und den Betrieb auszuarbeiten und zu veröffentlichen.
- 7.2 Diese technischen Vorschriften ergeben sich aus Art. 3 Abs. 2 und 3 der Verordnung vom 15. Oktober 1985 über Sicherheitsvorschriften für Rohrleitungsanlagen, abrufbar unter www.gesetze.li, bzw. den dort genannten Richtlinien und Vorschriften. Sie sind für die LGV und den Netzbenutzer verbindlich.

8. Besondere Bestimmungen für den Netzanschluss

- 8.1 Die Neuerrichtung und Änderung von Netzanschlüssen sind bei der LGV zu beantragen. Nach Vorliegen des vollständigen Antrages wird die weitere Vorgangsweise, insbesondere die voraussichtliche Dauer der Errichtung des Anschlusses, mit dem Netzbenutzer abgestimmt.
- 8.2 Informationen über die geltenden Preise und Konditionen von Netzanschlüssen sind unter www.lgv.li veröffentlicht. Die Informationen können auch beim Kundenservice der LGV telefonisch angefragt oder schriftlich angefordert werden.
- 8.3 Informationen über die in Liechtenstein registrierten Energielieferanten sind unter www.emk.li veröffentlicht. Sollte der Zugang zu dieser Homepage nicht möglich sein, sind diesbezügliche Anfragen per E-Mail an das Sekretariat der Liechtensteinischen Kommission für Energiemarktaufsicht emk@llv.li zu richten.
- 8.4 Der Netzbenutzer hat alle baulichen Voraussetzungen für die vorschriftsmässige Errichtung des Netzanschlusses zu schaffen. Er hat den für die gastechnischen Einrichtungen (z.B. Hauptabsperreinrichtung, Gaszähler, Druckregeleinrichtung) erforderlichen Platz kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- 8.5 Der Netzbenutzer darf keine Eingriffe in die Installation des Netzanschlusses und in die sonstigen Einrichtungen der LGV vornehmen. Die Netzanschlüsse müssen vor Beschädigung geschützt und zugänglich sein. Der Netzbenutzer hat jede Beschädigung oder Undichtheit des Netzanschlusses oder der gastechnischen Einrichtungen der LGV sofort mitzuteilen. Wurden im Bereich der Anschlussleitung oder der gastechnischen Einrichtungen (z.B. Hauptabsperreinrichtung, Gaszähler, Druckregeleinrichtung) Veränderungen durch den Netzbenutzer vorgenommen (z.B. Überbauung oder Unzugänglichkeit der Hauptabsperreinrichtung, etc.), so ist die LGV berechtigt, die Wiederherstellung des gesetz- und vertragsmässigen Zustands auf Kosten des Netzbenutzers herbeizuführen.
- 8.6 Wenn die Anschlussleitung auf fremden Grundstücken hergestellt werden soll, kann die LGV verlangen, dass der Netzbenutzer eine schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers beibringt.
- 8.7 Der Netzbenutzer gestattet die Verlegung und den Betrieb von Rohrleitungen und den Einbau bzw. die Aufstellung von gastechnischen Anlagen auf seinen vom Anschluss an das Verteilernetz betroffenen Grundstücken. Der Netzbenutzer räumt auf Wunsch der LGV unentgeltlich die zur Sicherstellung der Anlagen und Rohrleitungen erforderlichen Dienstbarkeiten ein.

- 8.8 Der Netzbenutzer gestattet, dass Massnahmen getroffen werden, die für den Bestand und Betrieb der gastechnischen Einrichtungen erforderlich sind (z.B. Freihaltung der Erdgasleitungsstrasse von Bäumen, Vermessung, Rohrnetzkontrolle).
- 8.9 Die LGV benachrichtigt den Netzbenutzer rechtzeitig über Art und Umfang der erforderlichen Arbeiten. Der Netzbenutzer verständigt die LGV von Massnahmen auf seinem Grundstück, die ihre Einrichtungen gefährden könnten.
- 8.10 Nach Auflösung des Netzbenutzungsvertrages ist die LGV berechtigt, ihre Einrichtungen jederzeit zu entfernen. Wenn der Grundstückseigentümer es verlangt, ist die LGV dazu verpflichtet, ausgenommen es besteht eine Dienstbarkeit, eine sonstige schriftliche Vereinbarung oder die Versorgung von anderen Netzbenutzern, insbesondere Nachbarn, kann nicht anders gewährleistet werden. In letzterem Fall ist die LGV zur umgehenden Vornahme sämtlicher Massnahmen verpflichtet, die die Versorgung der anderen Netzbenutzer ohne Inanspruchnahme des betreffenden Grundstücks gewährleistet.

9. Druckregeleinrichtungen

- 9.1 Die LGV bestimmt, ob für den Anschluss der gastechnischen Anlagen ab dem Ende des Netzes der Einbau:
- eines Hausdruck- bzw. eines Zählerreglers oder
 - einer sonstigen Druckregeleinrichtung
- notwendig ist.
- 9.2 Der Netzbenutzer hat dafür einen geeigneten Platz bzw. Raum kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- 9.3 Hausdruckregler und Zählerregler sind Eigentum der LGV und werden von dieser instandgehalten.
- 9.4 Der Netzbenutzer hat jede Beschädigung oder Undichtheit des Hausdruckreglers oder Zählerreglers der LGV unverzüglich mitzuteilen.

10. Gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung

- 10.1 Der Netzbenutzer hat die ordnungsgemässe Errichtung und Instandhaltung der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung sicherzustellen.
- 10.2 Bei der Errichtung und Instandhaltung der gastechnischen Anlage sind neben den gesetzlichen Bestimmungen insbesondere die technischen Vorschriften gemäss Ziff. 7 zu beachten.
- 10.3 Die Freigabe der Gaszufuhr erfolgt durch die LGV und setzt den Nachweis voraus, dass die gastechnische Anlage nach den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften ordnungsgemäss errichtet wurde.
- 10.4 Durch die Prüfung der Anlage des Netzbenutzers sowie durch die Freigabe der Gaszufuhr übernimmt die LGV keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlage.
- 10.5 Die LGV behält sich vor, an ihr Netz angeschlossene gastechnische Anlagen jederzeit zu prüfen.
- 10.6 Erweiterungen oder Änderungen der gastechnischen Anlage sind der LGV rechtzeitig mitzuteilen. Unterbleibt eine nach dieser Ziffer erforderliche Mitteilung, dann erfolgt damit eine unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen mit den in Ziff. 20.4 vorgesehenen Folgen.

11. Zutrittsrecht und Betrieb der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung

- 11.1 Der Netzbenutzer hat die zu seinen Betriebsanlagen gehörenden gastechnischen Anlagen, baulichen und sonstigen Teile entsprechend den geltenden gesetzlichen Vorgaben und Regeln der Technik auf seine Kosten zu betreiben und instand zu halten.
- 11.2 Der Netzbenutzer hat sicherzustellen, dass die gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung so betrieben wird, dass Störungen anderer gastechnischer Anlagen und störende Rückwirkungen auf Einrichtungen der LGV ausgeschlossen sind.
- 11.3 Der Netzbenutzer hat der LGV den Zutritt zu seinen Einrichtungen sowie zu der an das Netz angeschlossenen gastechnischen Anlage zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Dazu zählen beispielsweise
- die Ablesung der Messeinrichtungen;
 - die Instandhaltung der Einrichtungen der LGV;
 - die Erfassung und Überprüfung der technischen Einrichtungen.

12. Vorgangsweise bei Störfällen und Versorgungsunterbrechungen

- 12.1 Bei geplanten Versorgungsunterbrechungen und Einschränkungen der Einspeisemöglichkeit sind die betroffenen Netzbenutzer in geeigneter Weise zu verständigen.
- 12.2 Bei Auftreten eines Störfalles, welcher zu einer Beeinträchtigung der Versorgung beziehungsweise der Einspeisemöglichkeit führt, wird von der LGV unverzüglich mit der Behebung begonnen, die Wiederinbetriebnahme der Anlage erfolgt umgehend nach der Behebung der Störung.
- 12.3 Für die Behebung von im Netz der LGV auftretenden Störfällen und für Massnahmen zur Beseitigung von Gefahren in gastechnischen Anlagen unterhält die LGV einen 24-Stunden-Pikettdienst.

13. Messung

- 13.1 Die LGV ermittelt das Ausmass der vom Netzbenutzer eingespeisten bzw. bezogenen Energie durch geeignete Messeinrichtungen.
- 13.2 Die Zählerstandserfassung der Messeinrichtungen erfolgt mittels Selbstablesung durch den Netzbenutzer, Ablesung durch die LGV oder mittels intelligenter Messgeräte gemäss Ziffer 13.18.
- 13.3 Bei Selbstablesung durch den Netzbenutzer erfolgt die Übermittlung des Zählerstandes an die LGV mittels Ablesekarte, im Internet unter www.lgv.li oder mit Email.
- 13.4 Das Intervall der Zählerstandserfassung (Ablesezeitraum) richtet sich nach der mit dem Netzbenutzer vereinbarten Abrechnungsperiode und nach den technischen Möglichkeiten.
- 13.5 Wenn der Netzbenutzer von der ihm angebotenen Möglichkeit zur Selbstablesung und Übermittlung der Daten an die LGV nach abermaliger Aufforderung keinen Gebrauch gemacht hat und die Anlage über keine Fernablesung verfügt, ist die LGV berechtigt eine Verbrauchsschätzung durchzuführen. Grundlage für die Verbrauchsschätzung sind vergleichbare Zeiträume bzw. vergleichbare Anlagen.
- 13.6 Die Messeinrichtungen umfassen auch allfällige Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen.

- 13.7 Störungen oder Beschädigungen der Messeinrichtungen, die für den Netzbenutzer erkennbar sind, hat er der LGV unverzüglich mitzuteilen.
- 13.8 Die LGV bestimmt Art, Zahl und Grösse sowie in Abstimmung mit dem Netzbenutzer den Anbringungsort der Messeinrichtungen. Die LGV hat die Messeinrichtungen beizustellen, anzubringen, in Stand zu halten, zu eichen, nachzueichen und zu entfernen.
- 13.9 Der Netzbenutzer hat die für die Messeinrichtungen geeigneten Plätze und die allenfalls erforderliche Energie sowie Möglichkeit zur Datenübertragung samt entsprechendem Anschluss auf eigene Kosten zur Verfügung zu stellen. Bei Ausfall eines Messgerätes ist dieses umgehend durch die LGV zu reparieren bzw. durch ein Ersatzgerät zu ersetzen.
- 13.10 Die Aufwendungen für die Messleistungen (Beistellung und Betrieb der Messeinrichtungen) sind vom Netzbenutzer zu tragen.
- 13.11 Der Netzbenutzer haftet für das Abhandenkommen und die Beschädigung von Messeinrichtungen der LGV, soweit ihn hieran ein Verschulden trifft. Der Netzbenutzer hat auch für das Verschulden seiner Mitbewohner oder Beschäftigten einzustehen. Der Netzbenutzer hat den Verlust, Beschädigungen oder Störungen derartiger Einrichtungen der LGV unverzüglich mitzuteilen.
- 13.12 Der Netzbenutzer kann die Nachprüfung der Messeinrichtungen durch die LGV bzw. eine kompetente Prüfstelle beantragen. Ist die Messeinrichtung defekt, sind die Kosten von der LGV zu tragen, funktioniert die Messeinrichtung innerhalb der zulässigen Grenzwerte sind die Kosten vom Netzbenutzer zu tragen. Die Kosten für die Nachprüfung setzen sich zusammen aus Zähleraus-, Zählereinbau (Tauschzähler) und den Kosten für die Überprüfung.
- 13.13 Vorhandene Schnittstellen (wie z.B. Impulsgeber, Stromausgänge) können ohne zusätzliche Kosten vom Netzbenutzer benutzt werden.
- 13.14 Bei Fernablesung einer Messeinrichtung hat der Netzbenutzer, wenn dies technisch möglich ist, der LGV unentgeltlich einen Anschluss zur Datenübertragung (z.B. Telefon, Internet, Verbindungsleitung zum Stromzähler) zur Verfügung zu stellen; dies gilt auch für einen etwaigen notwendigen Stromanschluss.
- 13.15 Der Netzbenutzer hat dafür zu sorgen, dass die Messeinrichtungen jederzeit leicht und rasch zugänglich sind.
- 13.16 An jedem Zählpunkt eines Netzbenutzers mit einem Jahresverbrauch > 1.0 Mio. kWh wird ein Lastprofilzähler (Erfassung im Stundenraster) oder ein intelligentes Messgerät gemäss Ziffer 13.18 eingebaut.
- 13.17 Die LGV ist berechtigt auch bei Zählpunkten mit einem Jahresverbrauch < 1.0 Mio. kWh einen Lastprofilzähler oder ein intelligentes Messgerät einzubauen.
- 13.18 Intelligente Messgeräte erfassen den Zählerstand und übermitteln diesen an die LGV. Für die Übermittlung von Daten an Dritte gilt Ziff. 21.
- 13.19 Die Entscheidung, ob konventionelle Messeinrichtungen oder intelligente Messgeräte eingesetzt werden, obliegt der LGV.

14. Lastprofil

Die LGV legt im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Regeln der Technik fest, ob beim Netzbenutzer ein Lastprofilzähler oder ein intelligentes Messgerät eingebaut oder ihm ein standardisiertes Lastprofil zugeteilt wird.

15. Wechsel des Versorgers

- 15.1 Kündigen Endkunden den Gasliefervertrag unter Beachtung der ordentlichen Kündigungsfrist, darf der Netzbetreiber weder dem Endkunden noch dem bisherigen oder neuen Gaslieferanten für den Wechsel Kosten verrechnen.
- 15.2 Kündigt der Gaslieferant den Liefervertrag, kann ihm der Netzbetreiber die durch den Wechsel entstandenen Kosten auferlegen.
- 15.3 In den Fällen, in denen Endkunden beabsichtigen, den Lieferanten **im Rahmen der Vertragsbedingungen** zu wechseln, ist der Netzbetreiber verpflichtet, den Wechsel innerhalb von drei Wochen vorzunehmen. Die Endkunden haben das Recht, sämtliche sie betreffenden Verbrauchsdaten zu erhalten.
- 15.4 Zum Wechseltermin sind die Verbrauchswerte des Netzbenutzers vom Netzbetreiber bereitzustellen und sowohl dem bisherigen als auch dem neuen Versorger zu übermitteln. Im Einzelnen gilt folgendes:
 - 15.5 Ist eine taggenaue Ermittlung durch Fernauslesung möglich, ist diese vom Netzbetreiber durchzuführen. Ist diese nicht möglich, kann der Netzbenutzer eine Selbstablesung vornehmen und den Zählerstand dem Netzbetreiber mitteilen.
 - 15.6 Besteht im Falle des Versorgerwechsels der Netzbenutzer, der neue oder der bisherige Versorger auf einer Ablesung des Zählerstandes durch den Netzbetreiber, so hat dieser die Ablesung vorzunehmen. Der Netzbetreiber kann demjenigen, welcher die Ablesung fordert, die Ablesung in Rechnung stellen.

16. Abrechnung

- 16.1 Die Abrechnung der Netzbenutzung erfolgt durch Monats-, Quartals- oder Jahresrechnungen. Die LGV ist berechtigt, vom Netzbenutzer zwischenzeitliche Abschlagszahlungen zu verlangen.
- 16.2 Beginn und Ende der Abrechnungsperiode werden von der LGV festgelegt. Sie richtet sich nach Beginn und Ende eines oder mehrerer Ablesezeiträume.
- 16.3 Bei einer Änderung des Netzbenutzungsentgelts gelten Ziff. 18.3 bis 18.5. Fällt der Zeitpunkt, ab welchem das geänderte Netzbenutzungsentgelt Anwendung findet, nicht mit dem Ende einer Abrechnungsperiode zusammen, nimmt die LGV eine ausserordentliche Erfassung der vom Netzbenutzer eingespiesenen bzw. bezogenen Energie vor. Ist die Erfassung, aus welchem Grund auch immer, nicht möglich, ist die LGV berechtigt, eine rechnerische Verbrauchsabgrenzung vorzunehmen und das Netzbenutzungsentgelt auf Basis des so ermittelten Energieflusses dem Netzbenutzer entsprechend in Rechnung zu stellen.
- 16.4 Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses und nach Vorliegen der für die Rechnungserstellung erforderlichen Daten wird von der LGV eine Endabrechnung durchgeführt.
- 16.5 Für die Energielieferung und die damit verbundenen Regelungen mit dem Versorgungsunternehmen (Abschluss eines Energieliefervertrages, Einhaltung von Liefermengen und Zahlungsfristen) ist ausschliesslich der Netzbenutzer verantwortlich.
- 16.6 Zum Zweck der Abrechnung der Energielieferung durch das Versorgungsunternehmen mit dem Kunden übermittelt die LGV die Messergebnisse entsprechend dem Ablesezeitraum gemäss Ziff. 13.4 sowie weitere gegebenenfalls für die Abrechnung

relevante Daten an das Versorgungsunternehmen. Der Kunde ist mit der Bekanntgabe dieser Messergebnisse und weiteren Daten durch die LGV an das Versorgungsunternehmen und deren Bearbeitung durch das Versorgungsunternehmen zum Zweck der Abrechnung ausdrücklich einverstanden.

- 16.7 Zum Zweck der gemeinsamen Abrechnung von Energielieferung und Netzbenutzung für einen Abrechnungszeitraum kann die LGV dem Versorgungsunternehmen zudem die hierfür zusätzlich notwendigen Daten übermitteln und dieses mit der Abrechnung der Netzbenutzung beauftragen. Der Kunde ist mit der Bekanntgabe dieser Daten an das Versorgungsunternehmen und deren Bearbeitung durch das Versorgungsunternehmen zum Zweck der Abrechnung ausdrücklich einverstanden. Parteien des Netzbenutzungsvertrages bleiben aber in jedem Fall die LGV und der Kunde.

17. Mess- und Rechenfehler

- 17.1 Die LGV behält sich vor, dem Netzbenutzer diejenigen Beträge nachzubelasten, die sie in Folge fehlerhafter Messungen, fehlerhafter Ablesung oder Übermittlung von Messergebnissen oder Rechenfehlern nicht in Rechnung gestellt hat. Nach Ablauf von drei Jahren seit Ausstellung der fehlerhaften Rechnung können keine Nachbelastungen mehr stattfinden.
- 17.2 Die Rückerstattung von Beträgen, die der Netzbenutzer in Folge fehlerhafter Messungen, fehlerhafter Ablesung oder Übermittlung von Messergebnissen oder Rechenfehlern zu viel bezahlt hat, muss vom Netzbenutzer vor Ablauf des der fehlerhaften Abrechnung folgenden Abrechnungszeitraums gegenüber der LGV geltend gemacht werden. Hiervon ausgenommen sind Fälle, in denen der Netzbenutzer von der Unrichtigkeit der Abrechnung unverschuldet erst später erfährt. In diesem Fall ist der Netzbenutzer zur unverzüglichen Geltendmachung verpflichtet. In jedem Fall können nach Ablauf von drei Jahren seit Ausstellung der fehlerhaften Rechnung keine Rückerstattungsansprüche mehr gestellt werden.
- 17.3 Fehlerhafte Messungen, die innerhalb der Toleranzwerte gemäss den einschlägigen technischen Vorschriften gemäss Ziff. 7 liegen, berechtigen weder zu Nachbelastungen noch zu Rückerstattungen.
- 17.4 Wurde das Ausmass der eingespiessenen bzw. bezogenen Energie über diese Toleranzwerte hinaus fehlerhaft, nicht vollständig oder überhaupt nicht gemessen, ermittelt die LGV eingespiessene bzw. bezogene Energie nach einem der folgenden Verfahren unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse:
- Heranziehung der Messwerte einer allenfalls vorhandenen Kontrolleinrichtung;
 - Berechnung der durchschnittlichen eingespiessenen bzw. bezogenen Energie (vor bzw. nach der fehlerhaften Erfassung)
 - Schätzung aufgrund der in einem vergleichbaren Zeitraum eingespiessenen bzw. bezogenen Energie
 - Berücksichtigung aussergewöhnlicher Umstände des Netzbenutzers, die zu grösseren Abweichungen vom bisherigen Nutzungsverhalten führen (z.B. längere Ortsabwesenheit).

18. Netzbenutzungsentgelt

- 18.1 Die im Netzbenutzungsvertrag vereinbarten Entgelte beziehen sich auf die Gewährung des Zugangs zum Verteilernetz der LGV für Energie und allenfalls damit verbundene Netzdienstleistungen gemäss Ziff. 4. Die Höhe des Netzbenutzungsentgelts richtet sich grundsätzlich nach der Menge der in das Verteilernetz eingespiessenen bzw. daraus bezogenen Energie und der Höhe der Leistung. Sonstige Entgelte (insbesondere Entgelte für bezogene Energiemengen, Steuern, Abgaben, Gebühren oder gesetzlich vorgeschriebene Zuschläge oder Entgelte) sind nicht eingeschlossen.
- 18.2 Die jeweils gültigen Netzbenutzungsentgelte sind im Internet unter www.lgv.li veröffentlicht.
- 18.3 Änderungen der Netzbenutzungsentgelte werden dem Netzbenutzer schriftlich bekannt gegeben. Ist der Netzbenutzer mit den Änderungen nicht einverstanden, kann er den Netzbenutzungsvertrag gemäss Ziff. 6.1 schriftlich kündigen.
- 18.4 Im Fall von Änderungen der Netzbenutzungsentgelte, die ab einem Zeitpunkt wirksam werden, auf den eine ordentliche Kündigung gemäss Ziff. 6.1 nicht möglich ist, kann der Netzbenutzer den Netzbenutzungsvertrag unter Einhaltung einer Frist von 30 Tagen auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen kündigen.
- 18.5 Im Fall von Änderungen der Netzbenutzungsentgelte, die weniger als 30 Tage vor ihrem Wirksamwerden bekannt gegeben werden, ist die Kündigung unter Einhaltung einer Frist von 30 Tagen auf das Ende des Monats, welcher der Bekanntgabe der Änderungen folgt, möglich. Macht der Netzbenutzer von diesem Kündigungsrecht Gebrauch, muss er die geänderten Netzbenutzungsentgelte nicht gegen sich gelten lassen.
- 18.6 Änderungen von sonstigen Entgelten aufgrund von Gesetzen, Verordnungen oder behördlichen Entscheidungen, welche die Netzbenutzung betreffen, werden ab dem Tag und in dem Mass wirksam und somit Vertragsbestandteil, wie vom Gesetzgeber oder von der Behörde festgesetzt. Die LGV wird die Netzbenutzer darüber in geeigneter Weise informieren, insbesondere im Internet unter www.lgv.li.

19. Zahlungsbedingungen

- 19.1 Rechnungen sind bis zu dem auf ihnen angegebenen Zahlungstermin zu bezahlen. Bezahlt der Netzbenutzer nicht fristgerecht, erfolgt eine schriftliche Mahnung und die Einräumung einer weiteren Zahlungsfrist von 14 Tagen. Lässt der Netzbenutzer auch diese Frist ohne Zahlung verstreichen, erfolgt eine zweite schriftliche Mahnung mit einer letzten Zahlungsfrist von 14 Tagen. Wird die Rechnung zuzüglich Verzugszinsen und allfälliger Mahngebühren vom Netzbenutzer auch bis zum Ablauf dieser Frist nicht beglichen, ist die LGV berechtigt, das Vertragsverhältnis fristlos aufzulösen.
- 19.2 Im Falle des Zahlungsverzugs ist vom Netzbenutzer ab dem auf der Rechnung angegebenen Zahlungstermin der gesetzliche Verzugszins geschuldet. Die LGV ist zudem berechtigt, für jede Mahnung eine Gebühr von CHF 20.00 in Rechnung zu stellen. Die Geltendmachung von weiteren durch den Zahlungsverzug verursachten Schäden behält sich die LGV ausdrücklich vor.
- 19.3 Hat die LGV begründete Zweifel an der Einhaltung der Zahlungsbedingungen des Netzbenutzers, insbesondere weil er wiederholt Rechnungen nicht vor Erhalt der zweiten Mahnung bezahlt hat, kann die LGV eine Vorauszahlung oder eine andere Sicherheitsleistung verlangen. Kommt der Netzbenutzer innert der ihm gesetzten

Frist dieser Aufforderung nicht nach, gelten die gleichen Regeln wie beim Zahlungsverzug.

- 19.4 Schulden gegenüber der LGV dürfen vom Netzbenutzer nicht ohne ihre schriftliche Zustimmung mit Forderungen des Netzbenutzers gegenüber der LGV verrechnet werden.

20. Aussetzung von Rechten und Pflichten

- 20.1 Im Falle von höherer Gewalt wie Naturereignissen von besonderer Intensität, kriegerischen Ereignissen, Streik, behördlichen Anordnungen, usw., wird die Vertragserfüllung oder der Termin für die Vertragserfüllung dem eingetretenen Ereignis entsprechend hinausgeschoben, wenn eine Vertragspartei trotz aller zumutbarer Sorgfalt ihre Rechte und Pflichten aus dem Netzbenutzungsvertrag nicht wahrnehmen kann.
- 20.2 Jede Vertragspartei ist berechtigt, die Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Netzbenutzungsvertrag auszusetzen, wenn die andere Vertragspartei mit der Erfüllung von vertraglichen Verpflichtungen wesentlich in Verzug ist. Die LGV ist in diesem Fall insbesondere berechtigt, den Netzzugang durch Vorkehrung der geeigneten Massnahmen, wie z.B. Demontage von Messeinrichtungen, Plombierung des Anschlusses an das Verteilernetz, zu verweigern.
- 20.3 Als wesentlicher Verzug gilt insbesondere die Nichtbezahlung einer Rechnung nach Ablauf der ersten Mahnfrist sowie die Nichtleistung einer Vorauszahlung oder einer anderen Sicherheitsleistung innert der hierfür gesetzten Frist durch den Netzbenutzer.
- 20.4 Im Weiteren ist die LGV unabhängig von den vorhergehenden Bestimmungen berechtigt, die Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen ohne Entschädigungsanspruch des Netzbenutzers auszusetzen:
- um eine drohende Gefahr für Personen oder Sachen auf Seiten der LGV oder auf Seiten des Netzbenutzers abzuwenden;
 - bei Durchführung von Instandhaltungs-, Erweiterungs- und sonstiger zum Betrieb des Verteilernetzes notwendiger Arbeiten;
 - bei unbefugter Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen im Sinne dieser ANB oder einer Vereinbarung im Einzelfall;
 - bei vorsätzlichen oder grob fahrlässigen schädlichen Einwirkungen auf das Verteilernetz oder sonstige Einrichtungen der LGV durch den Netzbenutzer, insbesondere bei Manipulation von Messeinrichtungen.
- Die LGV informiert den Netzbenutzer entsprechend Ziff. 12, soweit nicht eine sofortige Aussetzung geboten ist.
- 20.5 Die vorgehenden Bestimmungen berühren den Ablauf einer allenfalls zum Voraus bestimmten Vertragsdauer sowie die Rechte einer Vertragspartei nicht, unter den entsprechenden Voraussetzungen Schadenersatz zu verlangen und/oder den Netzbenutzungsvertrag ordentlich oder fristlos zu kündigen.

21. Vertraulichkeit

Die Vertragsparteien vereinbaren Vertraulichkeit. Die LGV und der Kunde haben Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, von denen sie bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit Kenntnis erlangen, vertraulich zu behandeln und dürfen sie Dritten gegenüber nicht offenlegen.

22. Datenschutz

Die LGV misst dem Datenschutz grosse Bedeutung bei. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten geschieht unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Dabei sind unter personenbezogenen Daten alle Informationen zu verstehen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann. Die Informationen zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Kunden und zu den ihm zukommenden Rechten sind nachfolgend festgehalten:

22.1 Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Liechtensteinische Gasversorgung
Im Rietacker 4
9494 Schaan
Tel.: +423 236 15 55
Email: lgv@lgv.li

22.2 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Liechtensteinische Gasversorgung
Datenschutzbeauftragter
Im Rietacker 4
9494 Schaan
Tel.: +423 236 15 55
Email: datenschutz@lgv.li

22.3 Art der erhobenen Daten, Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

21.3.1 Die LGV erhebt die folgenden personenbezogenen Daten des Kunden:

- Vorname und Nachname
- Anschrift
- E-Mail-Adresse
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobiltelefon)

21.3.2 Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um den Kunden identifizieren zu können;
- zum Abschluss eines Netzbenutzungsvertrages;
- zur Korrespondenz mit dem Kunden; sowie
- zur Rechnungsstellung.

21.3.3 Die personenbezogenen Daten des Kunden werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Bst. b DSGVO (Datenverarbeitung auf Basis eines Vertrages) verarbeitet.

22.4 Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

21.4.1 Die LGV gibt personenbezogene Daten des Kunden im Rahmen von Ziff. 16.6 und 16.7 zum Zweck der Abrechnung der Energielieferung oder der gemeinsamen Abrechnung von Energielieferung und Netzbenutzung an das Versorgungsunternehmen weiter. Die LGV verpflichtet das Versorgungsunternehmen, die personenbe-

zogenen Daten nur unter den auch für die LGV gültigen Voraussetzungen zu verarbeiten und die Daten nicht an Dritte weiterzugeben, soweit keine Zustimmung des Kunden vorliegt.

22.5 Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

21.5.1 Die personenbezogenen Daten des Kunden werden von der LGV solange gespeichert, als dies für die Durchführung des Netzbenutzungsvertrages und die Geltendmachung von Ansprüchen daraus notwendig ist. Ist der Kunde Eigentümer der an das Versorgungsnetz angeschlossenen Liegenschaft, werden die personenbezogenen Daten in jedem Fall während der Dauer des Bestehens des Netzanschlusses gespeichert.

21.5.2 Vorbehalten bleiben längere gesetzliche Aufbewahrungs- und Speicherpflichten, namentlich die Pflicht gemäss Art. 1059 des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR), Geschäftsbücher, Buchungsbelege und Geschäftskorrespondenz während zehn Jahren aufzubewahren.

22.6 Automatisierte Entscheidungsfindung

Die LGV fällt keine Entscheidungen, die ausschliesslich auf einer automatisierten Verarbeitung von personenbezogenen Daten beruhen.

22.7 Rechte des Kunden

Dem Kunden stehen folgende Rechte zu:

21.7.1 Auskunft zu erhalten über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen seine Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der personenbezogenen Daten, sofern diese nicht beim Kunden erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung und gegebenenfalls aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten;

21.7.2 die Berichtigung, Ergänzung oder Löschung seiner personenbezogenen Daten, die falsch sind oder nicht rechtskonform verarbeitet werden, zu verlangen;

21.7.3 zu verlangen, dass die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten eingeschränkt wird;

21.7.4 unter bestimmten Umständen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu widersprechen oder die für das Verarbeiten zuvor gegebene Einwilligung zu widerrufen;

21.7.5 die personenbezogenen Daten, die der Kunde der LGV bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;

21.7.6 die Identität von Dritten, an welche die personenbezogenen Daten übermittelt werden, zu kennen; und

21.7.7 bei der liechtensteinischen Datenschutzstelle Beschwerde zu erheben.

22.8 Nicht-personenbezogene Daten

- 21.8.1 Die LGV gibt nicht-personenbezogene Daten des Kunden, wie beispielsweise die Menge der in einem bestimmten Zeitraum bezogenen Energie, an das Versorgungsunternehmen in dem Umfang weiter, als dies für das Versorgungsunternehmen zur Steuerung der Menge an eingespiesener Energie notwendig ist. Soweit ein intelligentes Messgerät gemäss Ziffer 13.18 zum Einsatz kommt, werden zählpunktbezogen insbesondere folgende Daten gespeichert:
- stündlicher Zählerstand mit dazugehörigem Zeitstempel und Datum (soweit technisch möglich);
 - täglicher Zählerstand mit dazugehörigem Datum.
- 21.8.2 Beim Einsatz von intelligenten Messgeräten erfolgt für alle Netzbenutzer eine tägliche Übermittlung des Zählerstandes an die LGV.
- 21.8.3 Für Netzbenutzer mit Lastprofilzähler werden folgende Daten bei der LGV gespeichert:
- stündliche Leistung (60-Minuten-Werte);
 - tägliche Leistung (24-Stunden-Werte);
 - das monatliche Lastprofil.
- 21.8.4 Die in diesen ANB vorgesehenen Datenübermittlungen werden elektronisch durchgeführt. Die LGV hat Sorge zu tragen, dass die für die Abrechnung der Netzbenutzungsentgelte verwendeten Daten vollinhaltlich mit jenen Daten übereinstimmen, die sie an das Versorgungsunternehmen zu übermitteln hat.
- 21.8.5 Daten, die von der LGV mittels intelligenter Messgeräte ausgelesen wurden, werden dem Netzbenutzer auf der Homepage der LGV unter Wahrung des Schutzes der personenbezogenen Daten kostenlos zur Verfügung gestellt.

23. Rechtsnachfolge

- 23.1 Die LGV ist berechtigt, ihre Rechte und Pflichten gegenüber dem Netzbenutzer ganz oder teilweise an Dritte zu übertragen. In diesem Fall wird der Netzbenutzer schriftlich informiert. Mit dem Zugang dieser Information ist der Netzbenutzer gegenüber dem Dritten im Umfang der an diesen übertragenen Rechte und Pflichten gebunden.
- 23.2 Ein Wechsel in der Person des Netzbenutzers ist der LGV unverzüglich mitzuteilen. Tritt ein Dritter in die Rechte und Pflichten des Netzbenutzers ein, ist die Zustimmung der LGV erforderlich, die sie jedoch nur aus wichtigem Grund verweigern darf. Solange die Zustimmung der LGV nicht erfolgt ist, haftet der bisherige Netzbenutzer für sämtliche Verbindlichkeiten.

24. Haftung

- 24.1 Die LGV übernimmt keine Haftung für Schäden irgendwelcher Art des Netzbenutzers, von dessen Vertragspartnern oder von sonstigen Dritten. Die Haftung wird insbesondere ausgeschlossen für Schäden infolge von Verzögerungen oder Unterbrechungen von Leistungen der LGV unabhängig von deren Ursache. Vorbehalten bleibt die Haftung der LGV für grobe Fahrlässigkeit und vorsätzliches Handeln.
- 24.2 Im Falle einer Haftung der LGV aufgrund grober Fahrlässigkeit und vorsätzlichem Handeln ist die Haftung auf unmittelbare Schäden beschränkt. Die Haftung der LGV für Folgeschäden, Gewinnentgang und mittelbare Schäden ist jedenfalls ausgeschlossen.
- 24.3 Der Netzbenutzer haftet gegenüber der LGV bei jeder Art von Verschulden für sämtliche von ihm verursachte Schäden.

25. Rücktrittsrecht

- 25.1 **Der Netzbenutzer kann längstens binnen einer (1) Woche schriftlich vom Netzbenutzungsvertrag zurücktreten. Die Frist beginnt frühestens mit dem Zustandekommen des Vertrags zu laufen und spätestens mit der Übergabe eines Dokuments an den Netzbenutzer, welches den Namen und die Anschrift der LGV, die zur Identifizierung des abgeschlossenen Netzbenutzungsvertrags notwendigen Angaben sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält.**
- 25.2 **Das Rücktrittsrecht besteht nicht, wenn der Netzbenutzer Unternehmer ist und der Abschluss des Netzbenutzungsvertrags betrieblich bedingt ist. Es besteht ferner nicht, wenn der Netzbenutzer selbst den Vertragsabschluss mit der LGV angebahnt hat oder wenn dem Zustandekommen des Vertrags keine Besprechungen zwischen dem Netzbenutzer und der LGV vorangegangen sind.**

26. Massnahmen für schutzbedürftige Kunden

Gerät ein (Haushalts-)Kunde aus irgendwelchen Gründen in eine Notlage beziehungsweise in aussergewöhnliche Schwierigkeiten, so werden zusammen mit dem Amt für soziale Dienste Massnahmen getroffen, die den individuellen Verhältnissen und den Bedürfnissen des jeweiligen Einzelfalls gerecht werden. Dabei wird darauf abgestellt, dass auch dieser (Haushalts-)Kunde seinen Grundbedarf für den Lebensunterhalt samt seinem Energieverbrauch (Elektrizität, Gas, etc.) decken kann.

Kontaktadresse:

Amt für Soziale Dienste, Fachbereich Wirtschaftliche Sozialhilfe
Postfach 63, 9494 Schaan
Telefon +423 236 72 72
E-mail info.asd@llv.li
Internet www.llv.li

27. Beschwerden und Streitbeilegung

Für Anfragen und Beschwerden steht der Kundenservice der LGV innerhalb der allgemeinen Geschäftszeiten sowohl schriftlich als auch telefonisch gerne zur Verfügung. Die Regierung hat als Anlaufstelle, über die die Kunden alle notwendigen Informationen über ihre Rechte, das geltende Recht und Streitbeilegungsverfahren erhalten die Konsumentenberatungsstelle beim Amt für Volkswirtschaft bestimmt.

Kontaktadresse:

Amt für Volkswirtschaft, Fachbereich Konsumentenschutz
Postfach 684, 9490 Vaduz
Telefon +423 236 68 71
E-mail info@avw.llv.li
Internet www.llv.li

28. Allgemeine Ausführungen der Europäischen Kommission über die Rechte von Energieverbrauchern

Generelle Informationen über die Rechte von Netzbenutzern und Kunden sind auf der folgenden Webseite der EU-Kommission zu finden:

<https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/MJ0415029DEN.pdf>

29. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen des Netzbenutzungsvertrages einschliesslich der vorliegenden Allgemeinen Netzbenutzungsbedingungen unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen davon nicht berührt. Die unwirksamen Bestimmungen gelten als durch solche wirksamen und gültigen Bestimmungen ersetzt, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmungen bestmöglich entsprechen. Bei eventuellen Regelungslücken sowie behördlichen Anordnungen werden die Vertragsparteien eine zu diesem Zweck am besten entsprechende Bestimmung vereinbaren.

30. Schlussbestimmungen

- 30.1 Alle Vereinbarungen und rechtserheblichen Erklärungen der Vertragsparteien, insbesondere auch Vertragsänderungen, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform, sofern in diesen ANB oder einer Vereinbarung im Einzelfall nichts anderes vorgesehen ist.
- 30.2 Die LGV behält sich vor, diese ANB einseitig abzuändern. Die abgeänderten ANB gelten als vereinbart, wenn sie dem Netzbenutzer übermittelt oder im Internet unter www.lgv.li bekannt gegeben werden und sich der Netzbenutzer nicht innerhalb von 14 Tagen ab Übermittlung bzw. Bekanntmachung schriftlich gegen deren Geltung ausspricht. Die abgeänderten ANB werden dem Netzbenutzer auf Wunsch kostenlos per Postzustellung übermittelt.
- 30.3 Diese ANB treten am 1. Januar 2021 in Kraft und werden unter www.lgv.li veröffentlicht. Mit dem Inkrafttreten dieser ANB fallen alle bisherigen Regelungen für Netzdienstleistungen der LGV, soweit sie diesen ANB widersprechen, dahin. Das Gleiche gilt, sobald für eine bestimmte Dienstleistung oder für ein bestimmtes Produkt der LGV eine neue Leistungsbeschreibung herausgegeben worden ist.
- 30.4 Diese ANB sowie die im Einzelfall abgeschlossenen Netzbenutzungsverträge unterstehen liechtensteinischem Recht. Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Vaduz, Fürstentum Liechtenstein, wobei die LGV auch das Recht hat, den Netzbenutzer an seinem Wohnsitz bzw. Hauptsitz oder dem Sitz einer Zweigniederlassung oder Betriebsstätte sowie überall dort zu belangen, wo der Netzbenutzer über Vermögen verfügt (Wahlgerichtsstand zu Gunsten der LGV).